

Die Kinderbetreuung wird günstiger

Nationalrat stimmt für Subventionspaket – gegen den Widerstand von rechtsbürgerlicher Seite

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Gute Nachrichten für jene Eltern, denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Kopfzerbrechen bereitet: Künftig sollen Kantone und Gemeinden für die Kinderbetreuung durch Dritte über fünf Jahre hinweg knapp 100 Millionen Franken erhalten, als Anstossfinanzierung des Bundes. Das hat der Nationalrat als Zweitrat am Dienstagmittag in seiner Sondersession beschlossen. Der grössere Teil dieser neuen Finanzhilfen, knapp 85 Millionen, soll demnach den Kantonen und Gemeinden helfen, die Betreuungskosten für die Eltern von Kindern im Vorschulalter zu senken. Mit dem restlichen Teil der Bundesgelder sollen Angebote finanziert werden, die besser auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen. So sollen beispielsweise mehr Betreuungsangebote für die Schulferien oder längere Kita-Öffnungszeiten ge-

schaffen werden. Mit 114 zu 76 Stimmen sagte die grosse Kammer Ja zum entsprechenden Subventionspaket, welches der Bundesrat 2016 im Rahmen seiner Fachkräfteinitiative vorgeschlagen hatte. Auch den Verpflichtungskredit über genau 96,8 Millionen Franken hiess der Nationalrat mit 114 zu 67 Stimmen gut. Sämtliche Anträge zur Änderung der Vorlage scheiterten; der Nationalrat hat das Gesetz in der Fassung des Ständerats verabschiedet. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Föderalistische Argumente

Mitte-Links stimmte der Vorlage zu, die SVP war fast geschlossen dagegen und die FDP mehrheitlich. «Es geht darum, gut ausgebildete Leute am Arbeitsplatz zu halten», sagte SP-Sprecher Matthias Aebischer (Bern). Heute lohne sich eine Erwerbstätigkeit wegen der hohen Be-

treuungskosten für viele Eltern nicht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei in der Schweiz noch keine Realität, meinte Christine Bulliard (cvp., Freiburg). Die Kosten für die Kinderbetreuung müssten gesenkt werden, auch um

Familienpolitischer Irrweg

Kommentar auf Seite 11

das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszunutzen.

Die Ratsrechte hatte grundsätzliche Vorbehalte: Familienpolitik sei gemäss Verfassung Sache von Kantonen und Gemeinden, sagte FDP-Sprecher Hans-Ulrich Bigler (Zürich). Zudem seien die Bundesfinanzen derzeit in Schieflage. Die Ausgaben müssten dann an einem

anderen Ort wieder eingespart werden. Der Staat mache schon heute viel für die externe Kinderbetreuung, befand Nadja Pieren (svp., Bern). Sie erinnerte an die seit 2003 laufende Anschubfinanzierung für neue Betreuungsangebote. Bis heute wurde im Rahmen dieses sogenannten Impulsprogramms die Schaffung von über 54 000 Betreuungsplätzen mit gut 350 Millionen Franken unterstützt.

Bundesrat Alain Berset (sp.) sagte schliesslich, dass in den Nachbarländern die Eltern wesentlich tiefere Kosten für die externe Kinderbetreuung trügen. Ein Grund dafür sei die höhere staatliche Unterstützung.

Noch mehr Gelder gefordert

Die vom Bundesrat geforderten und vom Parlament nun beschlossenen Finanzhilfen reichen der Fraktion der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP)

aber noch nicht: So sollte am Dienstagabend auch noch eine von ihr eingereichte parlamentarische Initiative behandelt werden, die eine «Anstossfinanzierung für Tagesschulen» fordert. Dazu kam es aus zeitlichen Gründen jedoch nicht mehr. Die Begründung für den Vorstoss lautet: «Die Entwicklung bei den Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter ist erfreulich, ebenso die Entwicklung der schulergänzenden Betreuung. Um aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch stärker zu unterstützen, muss die Entwicklung hin zu Tagesschulen gefördert werden.»

Die vorberatende Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats lehnte die parlamentarische Initiative ab – mit dem Argument, der Bund habe sich mit dem Impulsprogramm bereits stark für die familienergänzende Kinderbetreuung eingesetzt.